

Bundestagswahl 24.9.2017

Ergebnisse

■ INHALT

- **Gesamtergebnis**
- **Wer hat wie gewählt**
- **Wählerwanderung**
- **Wahlentscheidungen**
- **Wahlbeteiligung**
- **Gesamtbewertung**

Impressum

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
 Bundesverwaltung, Ressort 1
 Politisches Verbindungsbüro
 Paula-Thiede-Ufer 10

10179 Berlin

Verantwortlich für den Inhalt:

Markus Fuß, Leiter
 Tel.: 030/6956-1008
 markus.fuss@verdi.de

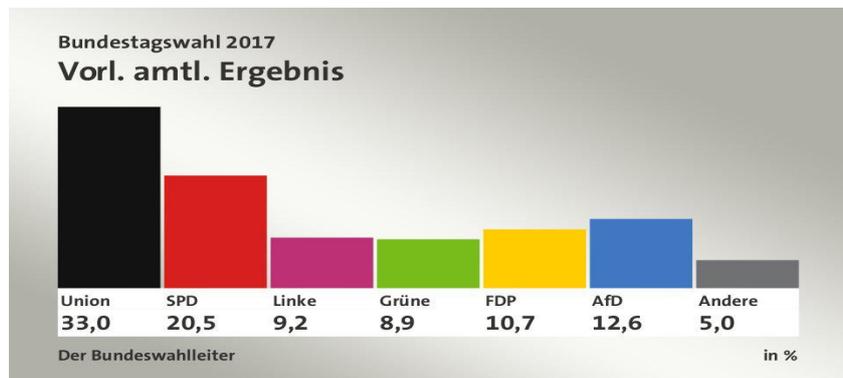
Interne Publikation

Union und SPD verlieren die Wahl, Union stärkste Partei im Dt. Bundestag

Koalitionsgespräche von Union, FDP und Grünen stehen an

Sicherheitsdiskurs im Wahlkampf von der AfD dominiert – der Zeitpunkt: „wehret den Anfängen“ ist überschritten!

- Die **Union** erreicht mit 33% ihr zweitschlechtestes Wahlergebnis (1949: 31%) und verliert zweistellig in Sachsen, BaWü, Sa-Anhalt und Thüringen.
- **CSU** verliert in Bayern 10,5% (Ergebnis 38,8%), rechts davon die AfD mit 12,4%.
- Über 90% der verlorenen Stimmen der Union gehen an FDP und AfD
- **SPD** erreicht mit 20,5% schlechtestes Wahlergebnis ihrer Geschichte, Schulz bleibt trotz alledem Vorsitzender und kündigt Opposition an, Fraktionsvorsitzende wird Nahles.
- **Lindner-FDP** zurück im Bundestag – Zulauf von Unionsanhängern
- **Grüne** schneiden besser ab als prognostiziert und sind stabil sowie regierungswillig.
- **LINKE.** erreicht ihr zweitbestes Ergebnis. Rückhalt im Osten geht zurück 17,1%, dafür steigt er im Westen mit 7,2%.
- **AfD** drittstärkste Fraktion im Dt. Bundestag, jetzt in 13 Landesparlamenten und im Bundestag vertreten. Zweitstärkste Partei im Osten, stärkste Partei in Sachsen. Zum ersten Mal zieht eine Partei rechts von der Union in den Bundestag ein.
- Die **wahlentscheidenden Themen**: Bildung 64%, Terrorbekämpfung 59%, Absicherung im Alter 57% sowie Flüchtlinge 27%. Dabei spielen grundsätzlich die Sachthemen für 54% der Wähler die ausschlaggebende Rolle. Mehr als jeder Dritte (38%), der Union gewählt hat, tut das wegen der Kanzlerin. Besondere **Sorgen** machen sich die Wähler über: Auseinanderdriften der Gesellschaft 70%, Kriminalität 62%, Islam 46% sowie zu viele Fremde 38%. (Quelle: Infratest dimap)

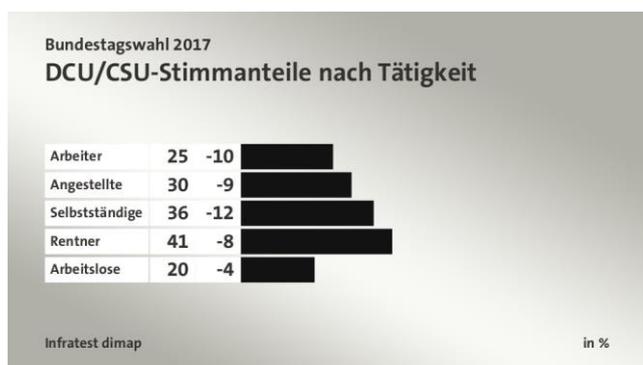


Der Dt. Bundestag hat in seiner 19. Legislaturperiode 709 Abgeordnete. Die Wahlbeteiligung ist auf 76,2% (71,5%) gestiegen.

1. Wer hat wie gewählt?

Die Wahlergebnisse zeigen deutliche Unterschiede zwischen den **west- und ostdeutschen** Bundesländern. Sowohl in den westdeutschen als auch in den ostdeutschen Bundesländern wird die Union stärkste Kraft – wenn auch mit deutlichem Unterschied (West: 34,3 Prozent, Ost: 27,4 Prozent). Die zweistärkste Kraft wird in den westdeutschen Bundesländern (mit Berlin-West) die SPD mit 22 Prozent, in den ostdeutschen Bundesländern dagegen mit 20,5 Prozent die AfD. In den westdeutschen Ländern erhält die FDP 11,5 Prozent, die AfD 10,7 Prozent, die Grünen 9,6 Prozent, die Linke 7,2 Prozent und „Anderer“ 4,7 Prozent. In den ostdeutschen Bundesländern wird die Linke drittstärkste Kraft (17,1 Prozent), gefolgt von der SPD (14,6 Prozent), der FDP (7,9 Prozent), den Grünen (6,0 Prozent) und „Anderen“ (6,3 Prozent).

Die Alternative für Deutschland ist in Sachsen vor der Union stärkste Kraft (27 Prozent). In Mecklenburg-Vorpommern (18,6 Prozent), in Brandenburg (20,2 Prozent), in Sachsen-Anhalt (19,6 Prozent), in Thüringen (22,7 Prozent) zweitstärkste Kraft nach der Union. (siehe Ergebnisse in Bundesländern im Anhang)



Die Union wählten 36% der Frauen und 30% der Männer, 25% der Arbeiter und 20% der Arbeitslosen. Von den Spätentscheidern entschieden sich 25% für Union, 25% West - 20% Ost% der Erstwähler geben ihr die Stimme. Die Union verliert in allen Bevölkerungsgruppen an Zustimmung, besonders hoch fallen die Verluste bei Selbstständigen, Arbeitern, Personen mit einem hohen Bildungsniveau sowie den 25- bis 44-Jährigen aus. Hier muss sie jeweils zweistellige Einbußen hinnehmen.

Bundestagswahl 2017 SPD-Stimmanteile nach Tätigkeit

| | | | |
|----------------|----|----|--|
| Arbeiter | 24 | -3 | |
| Angestellte | 20 | -6 | |
| Selbstständige | 11 | -3 | |
| Rentner | 24 | -4 | |
| Arbeitslose | 23 | -3 | |

Infratest dimap

in %

Die SPD wählten 21% der Frauen, 21% der Männer, 23% der Arbeitslosen, 24% der Arbeiter, 23% der Spätentscheider und 19% West – 13% Ost der Erstwähler. Der SPD-Rückhalt geht in allen Alters-, Bildungs- und Berufsgruppen im Vergleich zu 2013 zurück. Besonders bei Männern im Alter von 35-59 Jahren, bei formal hoch Gebildeten und Beamten gibt sie deutlich ab. Insgesamt etwas erfolgreicher ist die SPD in Deutschland bei ihren traditionellen Wählergruppen: bei Wählern ab 60 Jahren, Arbeitern, Rentnern, Wählern mit formal niedriger Bildung und wirtschaftlich Unzufriedenen.

2

Bundestagswahl 2017 FDP-Stimmanteile nach Tätigkeit

| | | | |
|----------------|----|----|--|
| Arbeiter | 8 | +5 | |
| Angestellte | 11 | +6 | |
| Selbstständige | 19 | +9 | |
| Rentner | 10 | +5 | |
| Arbeitslose | 7 | +3 | |

Infratest dimap

in %

Die FDP wählten 10% der Frauen und 12% der Männer, 8% der Arbeiter und 7% der Arbeitslosen. Von den Spätentscheidern entschieden sich 12% für FDP, 13% West - 8% Ost% der Erstwähler geben ihr die Stimme. Die FDP legt im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 in allen Bevölkerungsgruppen zu. Besonders groß ist der Zuwachs bei jungen Wählern bis 24 Jahren – und hier insbesondere bei Männern. Überdurchschnittlich stark legt sie auch bei Beamten und Selbstständigen zu, die den Liberalen traditionell besonders zugewandt sind. Für Arbeiter, Arbeitslose und wirtschaftlich Unzufriedene ist die FDP im Vergleich

kaum eine Option – auch hier liegt sie jedoch klar über fünf Prozent.



Die Grünen wählten 10% der Frauen und 8% der Männer, 7% der Arbeitslosen und nur 5% der Arbeiter. Von den Spätwählern entschieden sich 12% für die Grünen und 16% West – 13% Ost der Erstwähler. Die Grünen gewinnen im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 in vielen Bevölkerungsgruppen nur minimal dazu. Größere Zugewinne erreichen sie bei jungen Frauen bis 24 Jahren, Angestellten und insbesondere bei Beamten. Traditionell stark sind die Grünen bei jungen Wählern, Frauen und formal höher gebildeten Wählern. Für formal niedrig Gebildete, Arbeiter, Arbeitslose und Ältere sind die Grünen dagegen kaum eine Option an den Urnen.



Die Linke wählten 9% der Frauen und 9% der Männer, 11% der Arbeitslosen und 10% der Arbeiter. 10% entschieden sich spät für die Linke und 10% West – 14% Ost der Erstwähler. Die Linke gewinnt im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 bei jüngeren Wählern und höher Gebildeten leicht hinzu. Den größten, zweistelligen Verlust muss sie bei den Arbeitslosen verzeichnen. Die stärkste Unterstützung erhält sie dennoch von Arbeitslosen, darüber hinaus von Arbeitern, Jun-

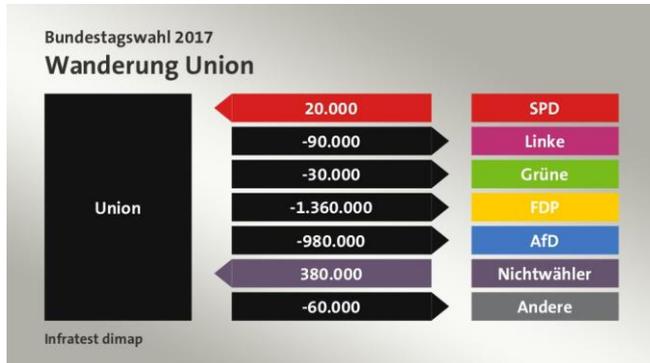
gen und insbesondere von wirtschaftlich Unzufriedenen.



Nur ein Drittel der AfD-Wähler stimmte aus Überzeugung für die Partei, 60% aus Enttäuschung. Die AfD wählten 10% der Frauen, 16% der Männer, 22% der Arbeitslosen, 21% der Arbeiter, 10% der Spätentscheider und 7% West – 17% Ost der Erstwähler. Die AfD erfährt auch zur Bundestagswahl die größte Unterstützung von Arbeitern, wirtschaftlich Unzufriedenen und Arbeitslosen und erzielt hier jeweils über 20 Prozent. Der AfD-Wählerrückhalt reicht jedoch weit darüber hinaus. Auch bei Angestellten, Beamten und Selbstständigen liegt die Partei zweistellig, ebenso bei Rentnern. Überdurchschnittlich stark ist sie zudem bei Männern zwischen 25 und 59 Jahren.

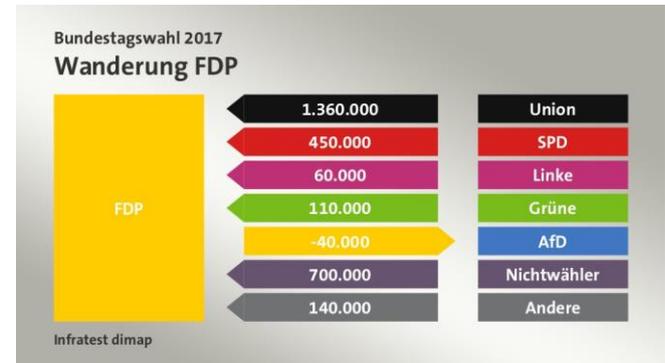
Bei den Stimmenanteilen nach Bildungsabschluss fällt auf, dass Union, SPD und AfD ihre besseren Zustimmungswerte von Wählern mit niedrigeren Bildungsabschlüssen erhalten. Grüne, Linke und FDP haben die besten Werte bei Wählern mit höherem Bildungsabschluss. Die Stimmenanteile bei Wählern in schlechter wirtschaftlicher Situation korrespondieren weitgehend damit: SPD und AfD je 23%, Union 19%, Linke 14% sowie FDP und Grüne je 7%.

2. Wählerwanderung



Die Union verliert an FDP und AfD zusammen 2.340.000 Stimmen! (infratest dimap, laut Forschungsgruppe Wahlen sind es 2,4 Mio.) Sie gewinnt Stimmen von SPD- und insbesondere Nichtwählern. Wirtschaftsliberale und völkisch Nationale (also Enttäuschte der Unionspolitik/Regierungspolitik mit SPD) geben der Union einen heftigen Denkmittel.

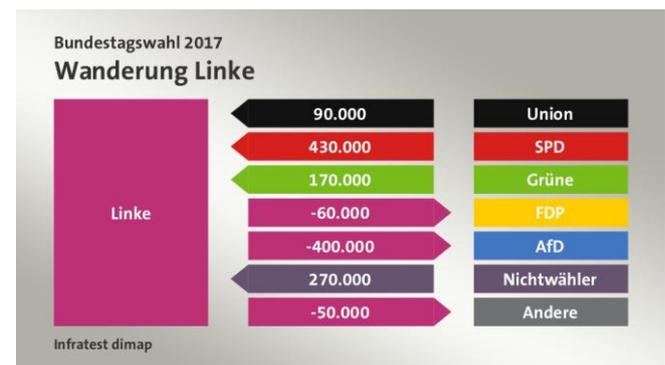
Bündnis 90 Die Grünen erhalten insbesondere von SPD und Nichtwählern und geringer von der Union Zulauf.



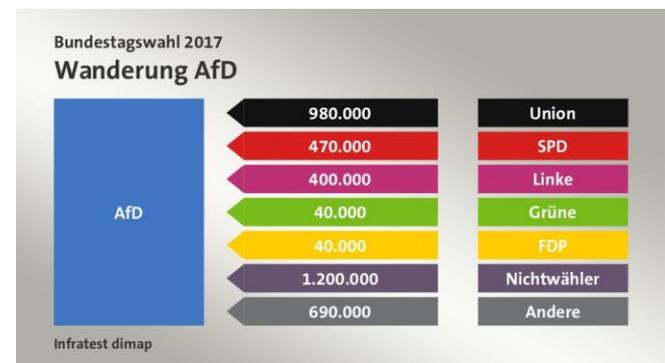
Die FDP verliert ausschließlich an die AfD Wähler. Herausragend ist die Wahlwanderung von ehemaligen Unions-, Nicht- und SPD-Wählern.



Die SPD verliert an die Union relativ wenige Stimmen aber an Grüne, Linke, FDP und AfD zusammen 1.730.000. Die Partei konnte lediglich bei den Nichtwählern punkten.



Die LINKE. verliert insbesondere an AfD und geringer an FDP und Andere. Das kann sie aber durch die Wahlwanderungen von SPD-, Nicht-, Grünen- und Unionswählern überkompensieren.



Der AfD ist es wie keiner anderen Partei gelungen, Nichtwähler zu mobilisieren und gewinnt erschre-

ckend aber absehbar stark von Union, SPD, LINKE und Anderen.

3. Wahlentscheidungen

Laut einer Analyse von infratest dimap /ARD waren **2013** für die Wähler am Wahltag „angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen“ (57%), „eine gute Absicherung im Alter“ (57%), „die Zukunft des Euro“ (31%) als auch „Streit um Überwachung durch Geheimdienste“ (17%) wahlentscheidende Gründe. Jeder Zweite macht seine Entscheidung vom Vertrauen in die Kompetenz der Partei abhängig. Für jeden Vierten haben die Spitzenkandidaten an Bedeutung gewonnen. Für jeden Fünften sind langjährige Loyalität zu seiner Partei ausschlaggebend.

4 Jahre später, mit der **Bundestagswahl am 24.9.2017**, haben sich die **wahlentscheidenden Themen** bis auf die Altersvorsorge verändert: Bildung 64%, Terrorbekämpfung 59%, Absicherung im Alter 57% sowie Flüchtlinge 27%. Dabei spielen grundsätzlich die Sachthemen für 57% der Wähler die ausschlaggebende Rolle. Besondere **Sorgen** machen sich die Wähler über: Auseinanderdriften der Gesellschaft 70%, Kriminalität 62%, Islam 46% sowie zu viele Fremde 38%. Es ist klar zu erkennen, dass der Sicherheitsdiskurs eine wesentliche Rolle bei der Wahlentscheidung der Menschen gespielt hat.

Für die Wahlentscheidung war das Programm der Parteien mit 57% gewichtiger als die Personen (24%) oder gar die Parteibindung (17%). Und dennoch, mehr als jeder Dritte (38%), der Union gewählt hat, tut das wegen der Kanzlerin. Bei der FDP und Lindner trifft das noch auf jeden 4. zu. Und bei der SPD und Schulz noch jeder Fünfte. Die Spitzenkandidaten spielen bei Grünen, Linken mit 13% und bei der AfD mit 11% eine untergeordnete Rolle. Bei den Grünen sticht hervor, dass für 70% das Programm die entscheidende Komponente ist. Da von den AfD-Wählern 60% aus Enttäuschung über andere Parteien diese Partei gewählt haben, spielen dort weder Programm noch Personal die entscheidende Rolle: es geht im Gros um Protest, der nach rechts gewandert ist.

Die Wähler nach den wichtigsten **Kompetenzen** befragt, schneiden die Parteien wie folgt ab:

Union: Die Kernkompetenzen der CDU/CSU liegen in den Bereichen Wirtschaft 57%, Terror- und Kriminalitätsbekämpfung und Außenpolitik jeweils rund 50%. In der Flüchtlingsfrage immerhin noch 38%. Das sind in diesen Themen die mit Abstand höchsten Kompetenzwerte aller Parteien. Bei der Altersvorsorge trauen der Union 30%, bei sozialer Gerechtigkeit 23% und in der Pflegepolitik 20% der Wähler Kompetenzen zu, die Probleme lösen zu können.

SPD: Die Wähler trauen der SPD weder in der Wirtschaftspolitik (17%) noch in der Politik bezogen auf Flüchtlinge (20%) wirklich was zu. Anders sieht es im Sozialen aus, hier wird der Partei die Lösung von Problemen zugesprochen (angemessene Löhne 41%, Pflegepolitik 39%, soziale Gerechtigkeit 38%, Familienpolitik 38%), auch wenn sich das beim Wahlergebnis nur marginal widerspiegelt. Das könnte auch darauf zurückzuführen sein, wie 80% der Wähler beurteilen: die SPD sagt nicht genau, was sie für mehr soziale Gerechtigkeit tun will.

Grüne: die Kernkompetenz der Grünen ist und bleibt die Umweltpolitik mit einem Wert von 56%. In anderen Kompetenzfeldern schmieren die Werte regelrecht ab: Bildung, Familien, Flüchtlinge je 7%.

FDP: Wirtschafts- und Steuerpolitik sind die Felder, mit den höchsten Kompetenzwerten, die sich allerdings mit je 9% auf niedrigem Niveau bewegen.

LINKE: soziale Gerechtigkeit 16%, angemessene Löhne 14%, Altersvorsorge und Familienpolitik je 10%, auf diesen Feldern hat sie ihre höchsten Kompetenzwerte.

AfD: die höchsten Werte erreicht die AfD auf niedrigem Niveau in den Feldern der Flüchtlingspolitik 8%, der Kriminalitätsbekämpfung 9% und Terrorbekämpfung 7%; bei sozialer Gerechtigkeit nur 4%. Die eigenen Wähler verbinden äußerst hohe Kompetenzwerte auf den o.g. Feldern mit der Partei, Kriminalität 82%, Flüchtlingspolitik 78% und Terror 62%. Bemerkenswert äußern sich 49% aller Wähler darüber, warum die AfD in den Bundestag ihrer Meinung nach ein-

zieht: „haben es besser als andere Parteien verstanden, dass sich die Menschen nicht mehr sicher fühlen“.

4. Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung ist von 71,5 % auf 76,2% angestiegen, das ist positiv. Die AfD konnte mit Abstand die meisten Nichtwähler vor FDP, Union und SPD mobilisieren.

Der hohe Anteil der Stimmen, die nicht im Bundestag vertreten sind, ist trotzdem bemerkenswert. Es geht um die Nichtwähler und die Parteien, die an der 5%-Hürde gescheitert sind. Danach hat die Union 24%, die SPD 16% der wahlberechtigten Stimmen. Jamaika kommt danach auf 39%.

5. Gesamtbewertung

Im Dt. Bundestag wird es nun 7 Parteien geben und zum ersten Mal eine Partei rechts von der Union, die AfD. Ordnet man die Parteien in Lagern, so kann festgestellt werden: ein linkes progressives Lager von SPD, Grüne, LINKE. ist rechnerisch mit 38,6% der Stimmenanteile weit abgeschlagen. Der AfD ist es im letzten Jahr gelungen den Sicherheitsdiskurs zu befeuern, was in vielen Parteien - insbesondere der Union - zu entsprechenden Anpassungen geführt hat.

Die Regierungsparten haben die Wahl krachend verloren. Die Gründe sind äußerst vielschichtig. Die **Union**: Zu einem frühen Zeitpunkt schien klar, dass Merkel Kanzlerin bleiben würde, was nicht mobilisierend gewesen sein dürfte. Gewichtiger scheint aber zu sein, dass Millionen von Unionsanhängern – die Union hat über 2,3 Millionen Stimmen an FDP und AfD verloren, sich in ihren Grundwerten und Alltagssorgen nicht hinreichend durch die Politik der letzten Jahre (Sozialdemokratisierung der CDU, Flüchtlingspolitik, Ehe für alle usw.) und den Wahlslogan (in die Zukunft geblickt) „Für ein Land, in dem wir gut und gerne leben“ ausreichend vertreten fühlten. Sie sind im „politischen Lager“ geblieben, haben aber die Alternativen gewählt und der Übergang scheint fließend zu sein. Dass dabei ein gewisser Anteil von Wechselwähler

das aus Protest tun, ist nicht auszuschließen. Die alte und vermutlich neue Kanzlerin hat in ihrer Rede aber deutlich gemacht, dass die Union ihre strategischen Ziele erreicht habe. Die Union ist stärkste Kraft im Bundestag und ohne die Union kann keine Regierung gebildet werden. Der Druck auf Sie wird aber steigen, insbesondere der aus Bayern.

Die **SPD**: Der SPD haben wohl der Mut und das Personal gefehlt, ihre Positionen klar herauszustellen und sich von der Union abzusetzen. Die SPD wurde im Wahlkampf eher nicht als Vorkämpferin für Soziale Gerechtigkeit wahrgenommen, obwohl sie auf die richtigen Themen setzte. Der Kompetenz- und Vertrauensverlust der SPD in Fragen sozialer Gerechtigkeit, begann bekanntlich mit der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Schröder-Regierung. Die damalige Entwertung und Entgrenzung menschlicher Arbeit hinterließ tiefe Spuren im kollektiven Gedächtnis sozialdemokratischer Arbeitnehmermilieus. Für viele alte SPD-Wähler und viele SPD-Sympathisanten war die Agenda 2010 eine Austrittserklärung der SPD aus ihrer eigenen Geschichte als Partei der kleinen Leute (Heribert Prantl).

Und es kommt noch etwas Anderes hinzu: Da die SPD seit 1998 bis auf eine Legislaturperiode in Regierungsverantwortung war, hat sie viele soziale Problemlagen, die sie heute zu Recht kritisiert hat, selbst zu verantworten. Verhältnisse aber zu problematisieren, die man selbst nicht zu beseitigen Willens oder in der Lage dazu ist, dient nicht der eigenen Glaubwürdigkeit.

Und die Ergebnisse der letzten Regierung haben der SPD scheinbar keine Stimmen gebracht – Mindestlohn, Rente mit 63 stehen exemplarisch dafür. Der 10wöchige Schulz-Hype zeigte aber die Hoffnung und den Wunsch vieler Menschen auf einen Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit. Mit einer sozial gerechten Politik können gesellschaftliche Mehrheiten gewonnen werden. Die SPD hat diese Hoffnungen aber nicht erfüllen können und ist entsprechend auf dem Boden der Tatsachen zurückgeworfen worden. Im Wahlkampf selbst war es teilweise auch recht schwer nachvollziehbar, für was die SPD

jetzt genau steht. Zu viele Themen wurden ohne Einordnung in eine Strategie auf den Markt geworfen. Die sozialdemokratischen Positionen bezogen auf die Fragen nach dem Rentenniveau, nach mehr Sicherheit der Arbeit, nach dem Handlungsfähigen Staat und einer gerechteren Steuerpolitik konnten nicht als klare Alternative zur bisherigen Regierungsarbeit herausgestellt werden.

Schulz hat nun erklärt, er bleibt Vorsitzender und in die Opposition zu gehen, also eine mögliche Regierungskoalition mit der Union abzulehnen. Ob die bevorstehende Landtagswahl in Niedersachsen dabei eine Rolle gespielt hat, ist unwahrscheinlich. Wie Schulz einen Neuanfang organisieren will - inhaltlich wie personell, bleibt abzuwarten. In der Fraktion wird Andrea Nahles die neue Vorsitzende.

Die **AfD**: die sogenannte „Flüchtlingskrise“ und der politische Umgang damit, haben im Land eine scheinbar aufgestaute Debatte aufgebrochen und waren für die Stärkung der AfD ein auslösendes Moment. Die Ursachen dafür dürften tiefer liegen und so resultiert ihr Aufstieg wohl auch aus der Verunsicherung über die Wirkungskraft demokratischer Politik und den Entfremdungserfahrungen zwischen der Parteienwelt und der eigenen Lebenssituation. Im Osten der Republik nochmals stärker als im Westen.

Im weiteren Verlauf der oben genannten Auseinandersetzungen hat die Partei alle rechten, fremdenfeindlichen Bewegungen und Einstellungen bündeln können und die Empörung breiter Bevölkerungsschichten über die sozialen und ökonomischen Ungerechtigkeiten oder Abkoppelungen von bisherigen Wertvorstellungen und Gesellschaftsbildern (Familien-, Energiepolitik usw.) für völkisch-nationalistische Politik instrumentalisiert. Dann geht es bei der Renten- oder Gesundheitspolitik nicht um mehr soziale Gerechtigkeit, sondern vielmehr um die Spaltung nach ethnischer Herkunft. Das erinnert stark an le Pen in Frankreich. Zur Rentenpolitik heißt es im Programm, die derzeit für die Migrationspolitik „mobilisierten jährlichen Milliardenbeträge, mit steigender Tendenz für die Zukunft, müssen in die Stabilisierung der Alterssicherung der deutschen Bevölkerung umgelenkt werden“.

Zur Gesundheitspolitik erklärt die AfD: „Die Finanzierung unseres Gesundheitswesens wird durch allgemeine politische Fehlentwicklungen bedroht: Die von den Kassen zu tragenden Kosten für Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber laufen aus dem Ruder (...).“ Das ist dann rechter Sozialpopulismus. Zudem werden keine politischen Lösungen von Problemen, wie beispielsweise das sinkende Rentenniveau, angeboten: „Bei einer Lebensarbeitszeit von bis zu 45 Jahren soll künftig der Rentenanspruch abschlagsfrei gegeben sein.“ Dabei erreichen immer weniger Beschäftigten aufgrund steigender Belastungen in der Arbeit die 45 Beitragsjahre. Für diese Menschen heißt es dann: Rentenabschläge hinnehmen oder arbeiten bis 70.

Gewerkschaften wie demokratische Parteien sind nun gefordert und müssen die Auseinandersetzung mit den Rechten aktiv annehmen – kein Aktionismus, sondern klar und bestimmt.

Mit der Erklärung der SPD-Spitze bleibt für **Koalitionsverhandlungen** nur noch die Alternative CDU, CSU, FDP und Grüne. Immerhin kommt es nicht zu einer rein Schwarz-Gelben Koalition. Man kann vermuten, dass es zu äußerst komplizierten Verhandlungen kommen wird. Insbesondere die CSU, die nächsten Herbst Landtagswahlen zu bestreiten hat, wird die verlorenen AfD - Stimmen zurückholen wollen. Und das mit einer harten und klaren Flüchtlings- und Sicherheitspolitik. Inwieweit die Kompromissbereitschaft für die grünen Kernanliegen gedeiht: offene Gesellschaft (Einwanderungsgesetz) und Energiepolitik (Abschalten der 20 schmutzigsten Kraftwerke), CO2 Emissionen, bleibt abzuwarten. Das betrifft umgekehrt die Bereitschaft der Grünen und FDP für eine harte Law & Order-Politik. Der Einigungsdruck ist jedoch gewaltig, denn die Alternative dazu wären Neuwahlen. Oder der Druck steigt und wirkt auf die SPD.

In dieser Konstellation und aufgeladenen Stimmungslage wird es sehr schwer werden, für eine arbeitnehmerorientierte Politik zu werben, geschweige denn sie durchzusetzen. Es geht um neue Sicherheit der Arbeit (Befristungen, Leiharbeit, Werkverträge, Minijobs), Rentenniveau und Parität in der GKV, mehr Investitionen und eine gerechtere Steuerpolitik. Es ist zu befürchten, dass die Gewerkschaften zu dem in

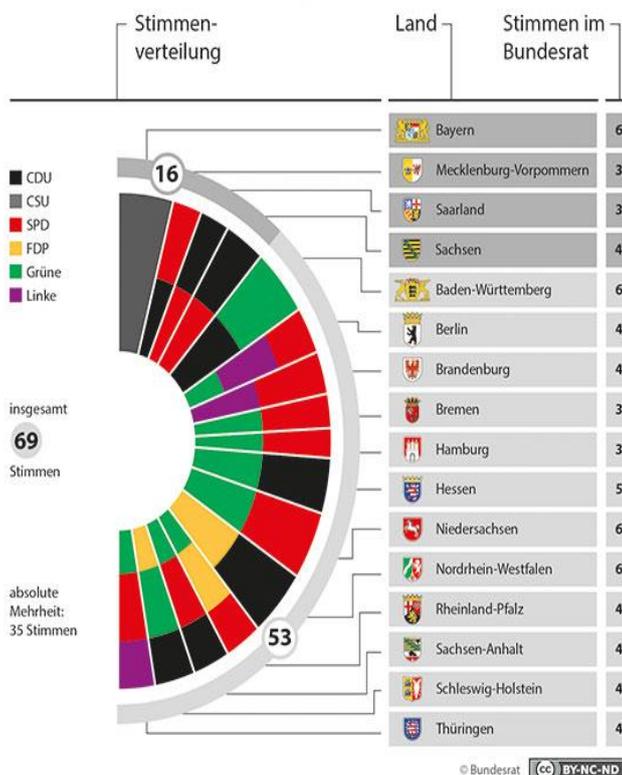
einigen politischen Handlungsfeldern Abwehrkämpfe führen müssen. Beispielhaft seien erwähnt: Arbeitszeitfragen (Flexibilisierung, Sonntagsarbeit), Entlastungen in zweistelliger Milliardenhöhe ohne Gegenfinanzierung, Ausweitung der Minijobs, Ausnahmen vom Mindestlohn, Verkauf von Bundesanteilen, Abschaffung der Gewerbesteuer.

Positiv gewendet, wollen Union, FDP und Grüne mehr investieren, auch und besonders in den Pflegesektor oder aber Kita-Bereiche und Bildung oder die digitale Infrastruktur. Auch Regelungen zum Thema Weiterbildung für Beschäftigte bietet womöglich positive Ansatzpunkte.

Die Gewerkschaften werden auf die eigene Kraft und die Unterstützung des Sozialflügels der Union sowie auf die Grünen setzen müssen.

Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat machen bei zustimmungspflichtigen Gesetzen das Geschäft für die künftige Bundesregierung nicht einfacher. Dann sitzen nämlich die SPD und die LINKE mit am Tisch. Das wiederum könnte den Gewerkschaften eher nützlich sein.

Die Zusammensetzung des Bundesrates



Wahlergebnisse in den Bundesländern:

| Wahlergebnisse in den Ländern (Anteile an gültigen Zweitstimmen) | | | | | | | | |
|--|-----------------|---------|-------|-------|-------|-------|-------|----------|
| Land | Wahlbeteiligung | CDU/CSU | SPD | LINKE | GRÜNE | AfD | FDP | Sonstige |
| SH | 76,5% | 34,0% | 23,3% | 7,3% | 12,0% | 8,2% | 12,6% | 2,7% |
| MV | 70,9% | 33,1% | 15,1% | 17,8% | 4,3% | 18,6% | 6,2% | 4,9% |
| HH | 75,9% | 27,2% | 23,5% | 12,2% | 13,9% | 7,8% | 10,8% | 4,5% |
| NDS | 76,4% | 34,9% | 27,4% | 6,9% | 8,7% | 9,1% | 9,3% | 3,6% |
| HB | 70,7% | 25,0% | 26,8% | 13,5% | 11,0% | 10,0% | 9,3% | 4,3% |
| BB | 73,7% | 26,7% | 17,6% | 17,2% | 5,0% | 20,2% | 7,1% | 6,3% |
| ST | 68,1% | 30,3% | 15,2% | 17,8% | 3,7% | 19,6% | 7,8% | 5,7% |
| BE | 75,6% | 22,7% | 17,9% | 18,8% | 12,6% | 12,0% | 8,9% | 7,0% |
| NW | 75,4% | 32,6% | 26,0% | 7,5% | 7,6% | 9,4% | 13,1% | 3,8% |
| SN | 75,4% | 26,9% | 10,5% | 16,1% | 4,6% | 27,0% | 8,2% | 6,7% |
| HE | 77,0% | 30,9% | 23,5% | 8,1% | 9,7% | 11,9% | 11,6% | 4,4% |
| TH | 74,3% | 28,8% | 13,2% | 16,9% | 4,1% | 22,7% | 7,8% | 6,5% |
| RP | 77,6% | 35,9% | 24,2% | 6,8% | 7,6% | 11,2% | 10,4% | 3,9% |
| BY | 78,2% | 38,8% | 15,3% | 6,1% | 9,8% | 12,4% | 10,2% | 7,5% |
| BW | 78,3% | 34,4% | 16,4% | 6,4% | 13,5% | 12,2% | 12,7% | 4,5% |
| SL | 76,6% | 32,4% | 27,2% | 12,9% | 6,0% | 10,1% | 7,6% | 3,9% |
| Bund | 76,2% | 33,0% | 20,5% | 9,2% | 8,9% | 12,6% | 10,7% | 4,9% |